

# Schweiz

## So will der Bund die Ruag zerlegen

**Sicherheitspolitik** Der Bundesrat will den staatlichen Rüstungskonzern aufspalten und teilprivatisieren. Darunter auch die Munitionsfabrik in Thun – was politisch für Zündstoff sorgt.

**Mario Stäuble**

Intern hiess das Projekt «Maelstrom», wie der gigantische Wasserstrudel, der in Legenden und Literatur Schiffe oder Protagonisten durcheinanderwirbelt. Der Name passt: Der staatliche Rüstungskonzern Ruag stehe «vor dem grössten Umbau seiner Geschichte», sagte Verwaltungsratspräsident Remo Lütolf gestern vor den Medien.

Per 1. Januar 2020 will der Bund das Unternehmen in zwei Teile aufspalten – und den grösseren Teil davon privatisieren.

Die Ruag ist in den 20 Jahren ihrer Existenz zu einem Gemischtwarenladen geworden, der aus fünf Divisionen besteht: Aerostructures (baut Flugzeugteile), Ammotec (stellt Munition her), Aviation (wartet Flugzeuge), Defence (wartet Armeeausrüstung) und Space (fertigt Raketen- und Satellitenteile).

Diese fünf Sparten will der Bund nun in einen nationalen und einen internationalen Teil aufsplitten. Als Dach soll eine neue Holding dienen.

### Den Hack als Chance genutzt

Der Teil des Unternehmens, der Unterhalt und Wartung von Panzern und Flugzeugen dient, kommt unter eine neue Subholding namens «Ruag Schweiz» (rund 2500 Mitarbeiter). Alles andere soll neu zur Subholding «Ruag International» gehören (rund 6500 Mitarbeiter). Diesen Teil des Unternehmens will der Bundesrat in einem zweiten Schritt privatisieren, weil er darin keine Kernaufgabe der öffentlichen Hand sieht.

Der Bund arbeitet bereits seit 2015 an der Entflechtung des Konzerns; die Unternehmensleitung hatte sich immer wieder über ein zu enges politisches Korsett und über die fehlende Möglichkeit für grosse Investitionen beklagt. Ein Versuch, die Regeln für Exporte von Kriegsmaterial zu lockern, scheiterte letztes Jahr.

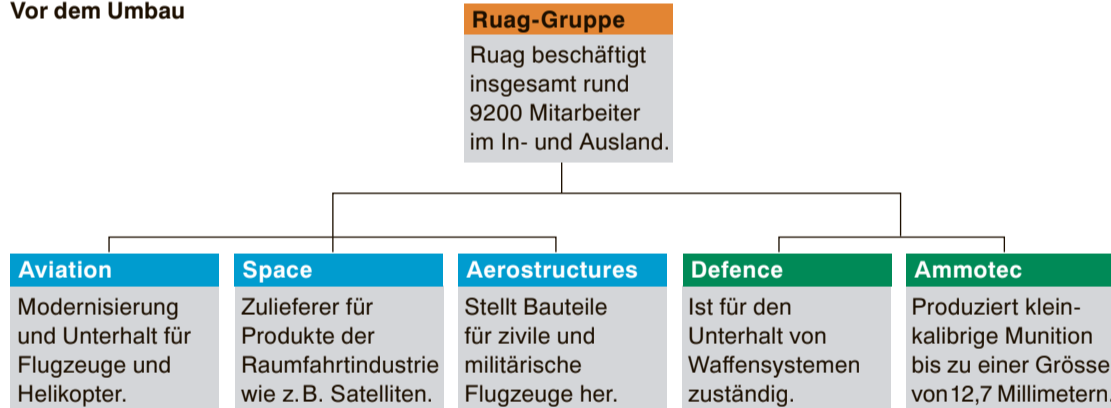
Zusätzlichen Schub erhielten die Bemühungen auf Privatisierung ausgerechnet durch den Hackingangriff auf den Rüstungskonzern, der im Mai 2016 aufflog. 20 Gigabyte Daten saugten die Angreifer ab, bis heute ist unklar, was genau verschwunden ist. Politik und IT-Experten waren sich danach einig, dass man die zu eng miteinander verflochtenen IT-Systeme von Ruag



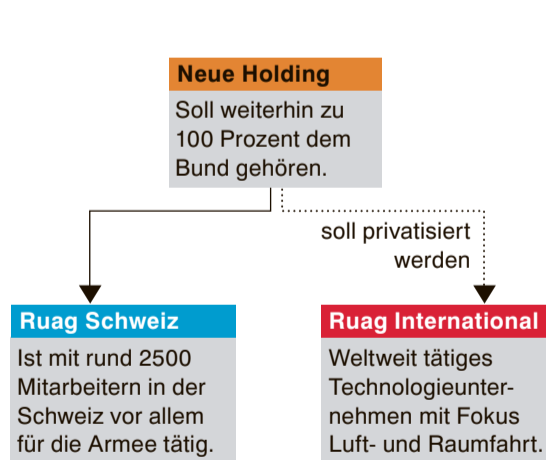
Im Bereich Space der Ruag werden Raketen- und Satellitenteile gefertigt. Foto: Alessandro Della Bella (Keystone)

### Der vorgeschlagene Umbau

Vor dem Umbau

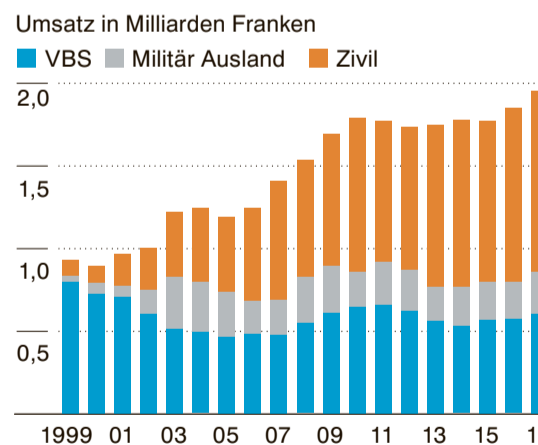


Nach dem Umbau



Grafik: mt/Quelle: Ruag

### Das Geschäft mit den zivilen Kunden wird für Ruag immer wichtiger



und VBS unbedingt voneinander trennen müsse. Die Lösung des Problems lautet nun, die IT-Netze von Ruag Schweiz und Ruag International voneinander abzukoppeln – und die Ruag Schweiz in den Sicherheitsperimeter des VBS zu nehmen.

Laut Plan soll die Ruag Schweiz zu einer «Garage» der Schweizer Armee werden – oder im offiziellen Wortlaut: zu deren Materialkompetenzzentrum. Ruag International soll sich künftig auf Luft- und Raumfahrt konzentrieren; was unternehmerisch nicht dazu passt, will man verkaufen. Dazu gehören zum Beispiel die Munitionsdivision Ammotec oder die Cyberfirma Clearswift, die die Ruag Anfang 2017 gekauft hatte. Mit dem Erlös will die Ruag International in Flugzeugbau und Raumfahrt investieren, um eine überlebensfähige Grösse zu erreichen.

### Käufer «vorsichtig wählen»

Vor allem der Verkauf der Ammotec birgt politischen Zündstoff. Die Division produziert derzeit unter anderem in Thun und Altdorf, allerdings nur zu einem kleinen Teil. Die Ammotec hat auch Standorte in Deutschland, Ungarn und den USA. Die Frage stellt sich, was ein Käufer mit der Thuner Fabrik tun würde: weiterbetreiben? Abwracken? Der Bundesrat betont in seiner offiziellen Mitteilung, man müsse den Käufer der Ammotec «sehr vorsichtig wählen». Der Standort Thun müsse erhalten bleiben.

Bei der Versorgungssicherheit der Armee gebe es hingegen keine Änderungen – schon heute kommen Schiesspulver und Zünder von Schweizer Ruag-Patronen aus dem Ausland.

Bei der neuen Ruag International steht nach dem Umbau ein Börsengang im Vordergrund; der Bund soll allenfalls eine Sperrminorität halten. Auch hier haben Swissness-Überlegungen eine Rolle gespielt. Allerdings besteht hier dasselbe Risiko: Ein grosser Teil des Unternehmens befindet sich im Ausland. Es könnte sein, dass ein neuer Eigentümer dem Standort Schweiz weniger Bedeutung beimisst als die Eidgenossenschaft – und die hiesigen Jobs im Maelstrom einer Restrukturierung verschwinden. Der Bundesrat betont, man wolle die rund 1500 Hightech-Arbeitsplätze rund um Flugzeugbau und Raumfahrt unbedingt im Land halten.

### Kommentar

### Die Zukunft der Schweizer Ruag-Jobs wird schöngeredet

«Wir setzen alles daran, die Schweizer Arbeitsplätze zu erhalten», sagte Ruag-Präsident Remo Lütolf am Montag vor den Medien, als er erklärte, wie der Bund den staatlichen Rüstungskonzern zerlegen und teilprivatisieren will.

Klingt gut. Ohnehin: Es leuchtet ein, ein Unternehmen, das mehrheitlich im Ausland operiert und Satellitenverkleidungen oder Rumpfteile des Airbus A320 herstellt, teilweise aus der staatlichen Hoheit zu entlassen.

Nur: Wie passt das zusammen – einerseits privatisieren, also Einfluss abgeben, und andererseits Jobs wahren, also Einfluss ausüben? Lütolf erklärte die Überlegungen am Beispiel des neu geplanten Unternehmens Ruag International, das aus den heutigen Divisionen Raumfahrt und Flugzeugbau bestehen soll. Beide Elemente haben heute je einen kleinen Schweiz-Anteil, aber kombiniert soll dieser so gross sein, dass es Sinn macht, Ruag International aus der Schweiz heraus zu steuern. Auch privatisiert.

Ob das funktioniert, ist aber nicht garantiert. Die Berater von Roland Berger, die der Bund für eine Zweitmeinung anfragte, äusserten sich skeptisch, ob die Synergien gross genug sind, um die Divisionen voll zu verschmelzen. Falls dem nicht so ist, wird der neue Eigner die Teile früher oder später wieder trennen. Und restrukturieren. Wie viel dann vom «Schweizer Flaggschiff für Luft- und Raumfahrt» (Lütolf) wohl übrig wäre?

Bei der Ruag-Munitionsdivision Ammotec – sie soll ebenfalls verkauft werden – ist die Lage ähnlich. Geografisch betrachtet, ist sie gar kein Schweizer Unternehmen: Nur 300 von 2200 Angestellten arbeiten im Inland. Der Bundesrat fordert von einem Käufer die Garantie, dass der Standort Thun erhalten bleibt – aber länger als einige Jahre wird sich kein Investor verpflichten. Wenn die heutige Generation des Maschinenparks abgeschrieben ist, wird der Käufer kühl rechnen. Und womöglich die Produktion in deutsche oder ungarische Ammotec-Fabriken verlagern, wo die Löhne tiefer sind.

Kurz: Das Versprechen des Ruag-Präsidenten ist eine politische Beruhigungsspiel. Die Wahrheit ist: In Zukunft gilt der Markt.



**Mario Stäuble**  
Reporter am Tamedia-  
Recherchedesk

## Kritik an den Verkaufsplänen der Munitionssparte Ammotec

Die Präsidenten der Sicherheitspolitischen Kommissionen von Stände- und Nationalrat stellen sich grundsätzlich hinter die Verkaufspläne des Bundesrats. FDP-Ständerat Josef Dittli sagt, die Zivilsparte von Ruag habe sich über die letzten Jahre positiv entwickelt. Es sei richtig, dieser nun die Chance zu geben, sich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien auf dem Weltmarkt zu bewähren. Ebenfalls richtig sei es, jene Teile der Ruag näher an die Armee heranzuführen, die für den Unterhalt der Waffensysteme un-

abdingbar seien. Diese Ansicht teilt SVP-Nationalrat Werner Salzmann. Der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats schränkt allerdings ein, dass ein Börsengang der zu verkaufenden Sparten nicht infrage komme. Auszuschliessen sei, dass diese etwa in chinesische Hände fallen. Nicht einverstanden ist Salzmann mit dem Verkauf von Ruag-Ammotec. Aus seiner Sicht als Schütze müsse an der Herstellung von Schweizer Munition festgehalten werden. Und als Sicherheits-

politiker überzeuge es ihn nicht, wenn der Bundesrat sage, die Versorgungssicherheit könne durch genügende Lagerbestände gewährleistet werden.

### In staatlicher Hand halten

Kritisch äussert sich dazu auch Ständerat Dittli. Für ihn sei der Verkauf der Munitionssparte fragwürdig, weil der Staat damit einen Bereich aus der Hand gebe, der eng mit der Armee verknüpft sei. Zudem hätten die militärischen Teile der Ruag eine wichtige regionalpolitische Bedeu-

tung. Entsprechend sei dieser Verkauf durch das Parlament zu beleuchten und zu hinterfragen.

Bemerkenswert: Mit Ständerat Josef Dittli (FDP) und Werner Salzmann (SVP) präsidieren heute just ein Urner und ein Berner die Sicherheitspolitischen Kommissionen. Vom Verkauf der Ruag-Munitionssparte wären namentlich die Standorte Thun (BE) und Altdorf (UR) betroffen, an denen seit 1863 und 1896 Munition hergestellt wird.

Für den Thuner Stadtpräsidenten Raphael Lanz (SVP) wa-

ren die Verkaufspläne von Ammotec gestern neu. Er sagte, es müsse nun analysiert werden, was der Entscheid für Thun konkret bedeute. Ruag-Ammotec sei mit rund 300 Mitarbeitenden eine wichtige Arbeitgeberin. «Wir sind froh um den klaren Positionsbezug des Bundesrates für den Standort Thun und erwarten, dass von einem Käufer langfristige Zusicherungen für die Weiterproduktion vor Ort verlangt werden.»

**Beni Gafner**